

DIE SPD-LANDTAGSFRAKTION INFORMIERT

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE LESERINNEN UND LESER,

wir möchten uns bei allen bedanken, die zur Bewältigung der aktuellen Krise beitragen. Insbesondere möchten wir uns bei den Schulleitungen sowie dem Personal, das die Notbetreuungen übernimmt, das Abitur stemmt und das Lernen von zu Hause organisiert, bedanken.

Die Krise macht eins deutlich: Wir stecken beim Ausbau der digitalen Infrastruktur an den Schulen vielerorts noch in den Kinderschuhen. Alles, was jetzt mit viel Energie und Kreativität der Lehrkräfte aus dem Boden gestampft wird, ist eine tolle Leistung, die unsere Anerkennung verdient. Doch wir könnten längst weiter sein und müssten nicht so viel improvisieren, wäre der Digitalpakt nicht so lange von Länderseite verzögert worden.

Klar ist auch: nicht alle Schülerinnen und Schüler haben zu Hause W-LAN und ein gutes Lernumfeld mit eigenem Zimmer und eigenem Computer. Viele Eltern sind im Homeoffice und versuchen ihre Kindern bei deren Lernaufträgen zu unterstützen, aber dies ist nicht allen möglich und führt zu einer Doppelbelastung der Eltern. Die Chancengleichheit ist massiv bedroht und wird weiter abnehmen, wenn schulischer Erfolg jetzt noch mehr vom Wissen oder der Unterstützung der Eltern abhängt.

Uns erscheint ein Konzept für das Lernen zu Hause, an dem sich die Schulen orientieren können, gerade auch um die Schülerinnen und Schüler zu erreichen, die kein optimales Lernumfeld haben, unverzichtbar. Deshalb schlagen wir als Mindestvoraussetzung, sollten die Schulschließungen über die Ferienzeit andauern, einen Leitfaden für Lehrkräfte vor, in dem u.a. Möglichkeiten der Zugänge, die Erstellung von eigenen Materialien und Aufgaben, deren Umfang, die Koordination verschiedener Fächer, Regeln für Leistungsnachweise und die Art und Weise der Rückmeldungen altersgemäß dargestellt, ggf. auch als verbindlich erklärt werden.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Christoph Degen, MdL



Christoph Degen
*Arbeitskreisvorsitzender;
Main-Kinzig-Kreis*



Karin Hartmann
*Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses;
Kreis Bergstraße*



Kerstin Geis
*stv. Arbeitskreisvorsitzende;
Kreis Groß-Gerau*



Turgut Yüksel
*Integrationspolitischer
Sprecher; Frankfurt*



Manuela Strube
Landkreis Kassel

KLICKEN SIE AUF DIE FOTOS, UM
AUF DIE WEBSITE DER/DES
ABGEORDNETEN ZU GELANGEN.

Inhaltsübersicht

CORONA-PANDEMIE	2	INTERVIEW MIT KERSTIN GEIS	6
SCHULSOZIALARBEIT/ POLITISCHE BILDUNG/ BEAMTENSTATUS VON HÖCKE	3	ELTERNBEIRÄTE/ BUNDESPROGRAMM „SCHULE MACHT STARK“	7
BERUFLICHE BILDUNG	4	PARLAMENTARISCHE INITIATIVEN	8
QUALIFIKATION VON LEHRKRÄFTEN/ GRUNDSCHULE	5	LERNSTANDSERHEBUNGEN/ IM GESPRÄCH	9

Corona-Pandemie

SCHULSCHLIEßUNGEN

Am 13. März 2020 wurde die Schulpflicht aufgrund der Corona-Pandemie zunächst bis zum Ende der Osterferien ausgesetzt. Nur die Abiturprüfungen starteten planmäßig am 19. März nicht ganz unumstritten und mit erheblichen Sicherheitsvorkehrungen. Wir haben uns schon vor der Landesregierung für die Schulschließungen unter bestimmten Bedingungen ausgesprochen, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen.

Aktuelle Information zu den Schulschließungen finden Sie [hier](#)

Unsere Pressemitteilung zu den [Schulschließungen](#)

Wir möchten Sie auf eine Umfrage des Frankfurter Leibniz-Instituts für Bildungsforschung und Bildungsinformation hinweisen. Die Umfrage richtet sich an die Eltern von Schulkindern. Herausgefunden werden soll, wie Eltern und Kinder mit den Schulschließungen umgehen. Anhand der Umfrage will man versuchen, Hilfen für ähnliche Situationen in der Zukunft zu entwickeln.

[Hier](#) kommen sie zur Umfrage

LERNEN VON ZU HAUSE

Wer die Möglichkeit hat, kann die unterrichtsfreie Zeit von zu Hause aus gut zu überbrücken. Die öffentlich-rechtlichen Sender bieten vermehrt Lernprogramme, Dokumentationen und auch Online-Lernmöglichkeiten an. Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte können Lernportale ausprobieren. Die Lernplattform „Sofatutor“ beispielsweise bietet aktuell eine 30-tägige kostenlose Testphase an. In Bremen stellt die Senatorin für Kinder und Bildung dieses Portal allen Schulen zur kostenfreien Nutzung zur Verfügung.

Es gibt außerdem Angebote für kostenfreie Telefonkonferenzen, z.B von der TELEKOM.

NOTFALLBETREUUNG

Laut Kultusministerium nehmen rund 2.500 der 757.000 Schülerinnen und Schüler an der Notfallbetreuung teil. Eine Betreuung in der Schule ist für die Kinder (Klassen 1-6) von besonders „systemrelevanten“ Personengruppen, wie medizinischem und pflegerischem Personal, sichergestellt. Zunächst war vorgesehen, dass beide Elternteile in diesen Berufen tätig sein müssen, um Anspruch auf einen Notfallplatz zu haben. Mittlerweile wurde unserer Forderung nachgekommen, dass es genügt, wenn nur ein Elternteil einen „systemrelevanten“ Beruf ausübt.

Aktuelle Informationen zur Notbetreuung finden Sie [hier](#)

VIELE SCHULEN IMPROVISIEREN

Die Schulen müssen sich eigene Maßnahmen überlegen, wie sie mit dem Wegfall des regulären Unterrichts umgehen. Um diese Zeit zu überbrücken, helfen viele Eltern ihren Kindern beim Lernen oder kontrollieren Hausaufgaben. Kinder aus bildungsnahen Familien haben in dieser Situation oft Vorteile. In der aktuellen Situation droht die Chancengleichheit weiter abzunehmen. Die Corona-Krise führt uns vor Augen, wie groß der Nachholbedarf in Sachen Digitalisierung der Schulen ist. Das geplante Schulportal Hessen werde frühestens zum Schuljahr 2021/22 von allen Schulen nutzbar sein. Mit dem Taktieren beim Digitalpakt und der späten Förderrichtlinie hat der Kultusminister wertvolle Zeit für den Ausbau der digitalen Infrastruktur verschenkt. Die Einführung von dienstlichen E-Mail-Adressen für alle Lehrkräfte ist auch noch nicht abgeschlossen.

Unser Berichtsbeitrag zu [Schul-Clouds](#)

Unser Berichtsbeitrag zum [Schulportal Hessen](#)

Schulsozialarbeit

ZWEI KONZEPTE-EINE AUFGABE

Die Antwort auf unseren Berichtsantrag zur „Unterrichtsbegleitenden Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte“ (UBUS) bestätigte erneut, dass das Aufgabenfeld der UBUS-Kräfte noch immer nicht klar definiert ist. Die Vorstellungen des Kultusministeriums mögen in der Theorie nett gedacht sein, gehen aber an der Realität in den Schulen vorbei. Eine Vertretungsregelung bei Ausfall der UBUS-Kraft gibt es weiter nicht. Auch die inhaltliche Abgrenzung zwischen UBUS und Schulsozialarbeit bleibt vage. Wir fordern, dass die echte Schulsozialarbeit unter Mitfinanzierung des Landes weiter ausgebaut wird, damit Reibungsverluste reduziert werden. Außerdem müssen die Arbeitsbedingungen von UBUS-Kräften verbessert werden. Mit halben und viertel Stellen ernährt keiner eine Familie

GESPRÄCH MIT DER LAG SOZIALARBEIT IN SCHULEN HESSEN E.V.

Am 18. Februar führten wir ein Gespräch mit der LAG Sozialarbeit in Schulen Hessen e.V. über die Situation der Schulsozialarbeit in Hessen und die Umsetzung von UBUS. Dabei wurden wir in unserer Haltung bestätigt, dass bezüglich der Aufgaben von UBUS-Kräften große Unklarheit herrscht. Wir unterstützen die Forderung der LAG nach einem festen Ansprechpartner in den Staatlichen Schulämtern.

Unser Berichtsantrag zu [UBUS](#)

Politische Bildung

KOALITION FEHLT KONZEPT FÜR POLITISCHE BILDUNG

Im Koalitionsvertrag von Schwarzgrün steht, dass es einen durchgängigen Politikunterricht an allen weiterführenden Schulen geben soll. Außerdem soll das Fach „Politik und Wirtschaft“ gestärkt werden und ebenso wie Geschichte nicht mehr abwählbar sein. Nach sieben Monaten wurde unsere Kleine Anfrage „Geplante Maßnahmen zur Stärkung schulischer politischer Bildung“ beantwortet. Aus der Anfrage wird deutlich, dass immer noch kein konkretes Konzept zur Umsetzung vorliegt. Auf die Frage, welche Auswirkungen es auf das Fach Erdkunde hätte, wenn „Politik und Wirtschaft“ verpflichtend wäre, weicht der Kultusminister aus. Es sei nicht sein Ziel, Erdkunde zu schwächen oder abzuschaffen. Das war auch nicht die Frage... Wir begrüßen das Vorhaben, dass PoWi nicht mehr abwählbar sein soll grundsätzlich, teilen aber auch die

Bedenken der Geographen. Schon jetzt haben nur rund 6400 Schüler in der Oberstufe Erdkundeunterricht. Durch ein weiteres verpflichtendes Fach würde sich die Zahl vermutlich verringern. Dabei ist gerade Erdkunde ein hochpolitisches Fach, das sich mit Schlüsselproblemen unserer Zeit beschäftigt. Wir fordern deshalb, dass die Landesregierung ein konkretes Konzept vorlegt, wie sie die Vereinbarung des Koalitionsvertrags umsetzen will. Unserer Ansicht nach kann dies nur bedeuten, dass Schülerinnen und Schüler sich künftig neben Geschichte bis zum Abitur für Erdkunde oder PoWi verbindlich entscheiden müssen. Zudem fordern wir mindestens 50 Stellen zur Erteilung eines durchgängigen PoWi-Unterrichts in der Sekundarstufe 1.

Unsere Kleine Anfrage zur [politischen Bildung](#).

Beamtenstatus von Höcke

Die SPD-Fraktion bemüht sich weiter, Björn Höcke den Beamtenstatus aufgrund seiner rassistischen und volksverhetzenden Äußerungen zu entziehen. Höcke war vor seiner Wahl in den Thüringer Landtag Lehrer in Hessen. Derzeit ist er freigestellt. Die SPD hat dies erneut mit einer Kleinen Anfrage thematisiert. Der Kultusminister erklärt dazu, dass beamtenrechtliche Maßnahmen gegen Herrn Höcke nicht möglich seien, während er vom Dienst befreit ist. „Es ist zum Verzweifeln. Das Beamtenrecht schützt hier einen Mann, den man gerichtsfest einen Faschisten nennen darf und der aus seiner Verachtung für unseren Staat und seine Institutionen kei-

nen Hehl macht“, so Günter Rudolph, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion. Der Bundesinnenminister sagte zu, gemeinsam mit den Ländern zu prüfen, inwieweit man extremistische Bestrebungen disziplinarrechtlich verfolgen kann. Wir fordern, dass dies vom Land Hessen vorangetrieben wird. Besonders jetzt muss Haltung gezeigt werden—auch von der Landesregierung.

Unsere Kleine Anfrage zum [Beamtenstatus von Höcke](#)

Unsere Pressemitteilung zum [Beamtenstatus von Höcke](#)

Berufliche Bildung

BERUFSEINSTIEGSBEGLEITUNG BEENDET

Sozialminister Kai Klose (Bündnis90/Die Grünen) gab am 06. Februar im Sozial- und integrationspolitischen Ausschuss den Ausstieg aus der Berufseinstiegsbegleitung bekannt. Die berufsschulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Manuela Strube, äußerte sich dazu so: „Friede, Freude, Eierkuchen – zehn Jahre lang war das Instrument der Berufseinstiegsbegleitung von der Landesregierung gern gesehen. Jetzt, da die Förderung seitens der Bundesebene ausläuft und die Landesregierung nun die Hälfte der Förderung übernehmen müsste, findet sie es auf einmal schlecht und wird die Berufseinstiegsbegleitung nicht fortsetzen [...]“. Die Begründung des Ministeriums, dass die Maßnahmen nur für ein Jahr ausgeschrieben werden, stimme nicht, so Strube. Es

wird für zwei Jahre mit der Möglichkeit von einer bis zu zweijähriger Verlängerung ausgeschrieben. Das Sozialministerium habe an keinem der Gespräche mit der Regionaldirektion Hessen teilgenommen. Wir fragen uns, ob überhaupt Änderungswünsche von Seiten des Landes gegenüber der Regionaldirektion geäußert wurden. Wir hätten die Berufseinstiegsbegleitung gerne fortgeführt und haben dies mit einem Haushaltsantrag unterlegt.

Unsere Kleine Anfrage zur [Berufseinstiegsbegleitung](#)

Unsere Pressemitteilung zur [Berufseinstiegsbegleitung](#)

Unser Haushaltsantrag zur [Berufseinstiegsbegleitung](#)

LEBENSBEGLEITENDE BERUFSBERATUNG LÄUFT AN

Zum Schuljahr 2019/20 wurde an hessischen Schulen die Lebensbegleitende Berufsberatung (LBB) in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit eingeführt. Die LBB legt einen Fokus auf Berufsorientierung und beginnt damit schon in der Sekundarstufe I. Die Landesregierung rühmt sich sehr für die Einführung, finanziert

sie aber nicht mit. Ziel ist es, den Zugang zur Ausbildung zu erleichtern. Wir sind gespannt, ob das gelingt und werden in einem Jahr nachfragen, wie die Schulen die Lebensbegleitende Berufsberatung bewerten.

Unser Berichtsantrag zur [Berufsberatung](#)

PERSONALNOTSTAND AN BERUFSSCHULEN

Seit Jahren herrscht Lehrermangel an Berufsschulen. Das dies zu Engpässen und Qualitätsverlusten in der beruflichen Bildung führen kann, ist kein Geheimnis. Wie groß der Mangel ist, macht die Antwort auf unseren Berichtsantrag deutlich. Fast alle beruflichen Schulen liegen unter dem Soll der Zuweisung. In den Schulamtsbezirken Frankfurt und Offenbach ist die Lage besonders kritisch. Hinzukommt, dass den Kultusminister offenbar wenig interessiert, was passiert, wenn sich die Personalsituation durch Krankheit, Fortbildungen oder Elternzeit noch ver-

schärft. Dafür gebe es Vertretungskonzepte, so der Minister. Die Landesregierung muss sich mehr einfallen lassen, um den Personalnotstand an Berufsschulen zu beheben. Sie muss vor allem die Attraktivität des Berufsschullehreramts erhöhen. Wir haben ein HESSENSTIPENDIUM gefordert, um dem Lehrermangel, insbesondere in den Mangel-fächern, entgegenzuwirken. Die Koalition lehnte dies ab.

Unser Berichtsantrag zum [Personalnotstand an Berufsschulen](#)

AUFSTIEGSCHANCEN FÜR FACHLEHRER FÜR ARBEITSTECHNISCHE FÄCHER SIND MANGELWARE

In den vergangenen Jahren haben sich die Aufgaben der Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer an Berufsschulen immer mehr denen von Lehrkräften mit Lehramt angenähert. Trotzdem fehlt es an Aufstiegs- und Weiterqualifizierungschancen. Aus dem Gespräch mit dem Netzwerk der Koordinatorinnen und Koordinatoren für arbeitstechnische Fächer haben wir einen Fragenkatalog entwickelt.

Die Antworten des Ministeriums sind ernüchternd. Die Aufstiegsmöglichkeiten für Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer müssen verbessert und mehr Stellen in einer höheren Besoldungsgruppe geschaffen werden.

Unser Berichtsantrag zu [Fachlehrern für arbeitstechnische Fächer](#)

Qualifikation der Lehrkräfte

MÜNDLICHE FRAGE AUS DEM JANUAR PLENUM

Frage des Abgeordneten Degen:

Wie werden Eltern darüber informiert, dass die Lehrerin oder der Lehrer ihres Kindes nicht zum Unterrichten ausgebildet wurde?

Antwort der Landesregierung:

Herr Abg. Degen, die Entscheidung über die Weitergabe von Informationen an Eltern – das ist Ihnen, glaube ich, gut bekannt – trifft grundsätzlich jede Schule vor Ort auf den etablierten Kommunikationswegen. Natürlich gehört zu den für die Elternschaft wesentlichen Informationen neben der Auskunft über das jeweilige schulische Vertretungskonzept auch die Information darüber, wie in Einzelfällen z. B. eine dauerhafte Erkrankung einer Lehrkraft kompensiert wird. Aber wie das genau geschieht, in welcher Form und mit welchem Inhalt, das würde ich auch weiterhin den Schulen vor Ort überlassen wollen.

Nachfrage des Abgeordneten Degen:

Vielen Dank, Herr Minister, für diese Auskunft. – Das heißt – so verstehe ich Sie –, dass Ihr Ministerium, Ihr Haus die Eltern nicht aktiv darüber informiert, dass 4.900 Lehrkräfte keine Lehrbefähigung haben und auch nicht in Elternarbeit ausgebildet wurden?



Antwort der Landesregierung:

Herr Abgeordneter, lassen Sie uns doch nicht so tun, als ob das in irgendeiner Form etwas Neues wäre. Die Regelungen zur Erteilung von Unterrichtserlaubnissen – darum geht es ja bei Lehrkräften, die keine Lehrbefähigung haben – gibt es in Hessen seit Jahrzehnten. Die gab es übrigens auch schon unter der letzten sozialdemokratisch geführten Landesregierung, auch wenn das schon eine Weile her ist. Das war im vergangenen Jahrtausend, das ist richtig. Aber manchmal lohnt ja auch der Blick zurück. Die Regelungen, die damals im entsprechenden Gesetz standen, waren deutlich vager als die, die wir heute für die Erteilung von Unterrichtserlaubnissen festgelegt haben. Ein Großteil der Lehrkräfte, die Sie ansprechen, unterrichtet schon seit vielen Jahren an unseren Schulen. Ich weiß jetzt nicht, ob ich das bis ins letzte Jahrtausend zurückverfolgen kann, aber die Fälle gibt es bestimmt auch noch. Die Regeln für die Kommunikation über solche Vertretungslehrkräfte oder auch anderweitig eingesetzte Lehrkräfte waren ebenfalls schon immer die gleichen. Da hat sich nichts verändert. Das ist eine jahrzehntelang eingeübte Praxis, und ich sehe keinen Grund, daran etwas zu ändern.

Die Mündlichen Fragen können Sie im [Plenarprotokoll](#) nachlesen

Grundschule

PERSONALNOTSTAND ENDLICH BEENDEN

An Grundschulen werden Lehrkräfte weiter dringend gesucht. Das ergab unser Berichtsantrag „Aktueller und drohender Personalnotstand und Unterrichtsausfall an Grundschulen durch Lehrkräftemangel“. Zwar verweist der Minister darauf, dass die Unterrichtsversorgung in den einzelnen Schulamtsbezirken oft über der Grundunterrichtsversorgung liege. Diese Rechnung geht aber an der Realität vorbei: Es gibt mehr und mehr Grundschulen, an denen massiv Lehrkräfte fehlen. Auch die Zahl der befristet beschäftigten Lehrkräfte an Grundschulen

bleibt weiterhin auf einem hohen Niveau. Zudem unterrichten gut 12 Prozent Quereinsteiger, meist ohne pädagogische Ausbildung. Wir fordern, dass die Rahmenbedingungen für den qualifizierten Quereinstieg ins Grundschullehramt endlich ausgebaut und verbessert werden. Dazu zählt unter anderem die Anhebung der Besoldung für Grundschullehrkräfte auf A13 bzw. E13.

Unser Berichtsantrag zum [Personalnotstand an Grundschulen](#)

UNTERRICHTSAUSFALL ENDLICH ERFASSEN

Erneut erklärt der Kultusminister, dass der Verwaltungsaufwand, der notwendig wäre, um unsere Fragen zu beantworten zu groß sei. Anstatt Zahlen zu liefern, betont er lediglich, wie gut die Vertretungskonzepte an Grundschulen funktionieren. Im Kulturpolitischen Ausschuss am 08.05.19 berichtete der Kultusminister allerdings sehr konkret über den Unterrichtsausfall an Förder-

schulen. Wenn der Kultusminister also prüfen kann, wie viel Unterricht an Förderschulen ausgefallen ist, fragen wir uns, warum er dies für Grundschulen nicht kann.

Unsere Kleine Anfrage zum [Unterrichtsausfall an Grundschulen](#)

Interview

...MIT KERSTIN GEIS, STELV. VORSITZENDE DES ARBEITSKREIS KULTUS

1. Du warst von 2006 bis 2014 Vorsitzende des Landeselternbeirates. Warum bist du Landtagsabgeordnete geworden?

Meine inzwischen erwachsenen vier Kinder habe ich 20 Jahre durch ihre Schulzeit begleitet. Von Anfang an habe ich mich nach und nach im Schul-, Stadt- und Landeselternbeirat umfassend engagiert. Mir ist in Schule nichts fremd geblieben und ich habe Ideen, wie eine gute Bildungspolitik aussehen sollte. Da Gestaltung von guter Schule in der Zuständigkeit des Hessischen Landtags liegt, war das meine Motivation.

2. Was gefällt dir an der Arbeit im Wahlkreis und in Wiesbaden besonders?

Mit gefällt die Vielfältigkeit meiner Arbeit. Ich bin in meinem Wahlkreis im Kontakt mit vielen interessanten und unterschiedlichen Menschen, Projekten, Vereinen und Institutionen. In Wiesbaden stehen wir in einer intensiven politischen Auseinandersetzung, was gute Schulen in Hessen ausmacht und was sie dafür benötigen. Beides finde ich sehr spannend.

3. In der letzten Legislaturperiode hast du dich besonders der Digitalisierung von Schulen sowie Haushaltsthemen gewidmet. Was sollte in diesen Bereichen dringend geändert werden?

In den vergangenen 10 Jahren habe ich immer wieder festgestellt, in welchem Ausmaß die Landesregierung die Digitalisierung der hessischen Schulen verschlafen hat. Digitalisierung hat nur in denjenigen Schulen funktioniert, die ein engagiertes Kollegium hatten. Der Digitalpakt kam nur, weil die Bundesregierung die Mittel zur Verfügung gestellt hat und die Landesregierung darauf reagieren musste. Für die Digitalisierung müssen die Schulen deutlich besser unterstützt werden, es muss ein Landeskonzept für die Medienbildung geben. Im Haushaltsbereich müssen wir Wert darauf legen, dass unsere Kreise, Städte und Gemeinden für ihre wachsenden Aufgaben ausreichend finanziert sind und keine weiteren Eingriffe durch die Landesregierung in die kommunalen Finanzen geschehen.

4. Welchen Schwerpunkten wirst du dich in dieser Legislaturperiode besonders widmen?

Im Bereich Bildung wird die Digitalisierung Schwerpunkt bleiben, sie ist sehr dynamisch und umfassend. Weiter wird ein Schwerpunkt die Unterrichtsversorgung, der Umgang mit heterogenen Schülergruppen und die Erwachsenenbildung sein. Und weiterhin die Sicherstellung der

Kommunal Finanzen.

5. Du bist auch Mitglied im Unterausschuss für Finanzcontrolling und Verwaltungssteuerung. Welche Schnittmengen ergeben sich daraus für dich?

Im Unterausschuss gibt sehr unmittelbar Informationen darüber, wie das Land Hessen die im Haushalt beschlossenen Mittel ausgibt. Das zeigt auch, wie welche Projekte angegangen und umgesetzt werden und wie in den Ministerien gearbeitet wird. Daraus ergeben sich auch Hinweise für andere Arbeitskreise. Das ist eine der Schnittmengen.

6. Allgemein gefragt: Wo siehst du den größten Handlungsbedarf in der hessischen Bildungspolitik? Welche Kriterien muss die „ideale Schule“ für dich erfüllen?

Kerstin Geis



Geboren 1964 in Frankfurt am Main
3 Söhne, 1 Tochter im Alter zwischen 21 und 29 Jahren

Ausbildung zur Steuerfachangestellten
Studium der Betriebswirtschaft
Bis 2013: stellv. Geschäftsführerin Psychotherapeutenkammer Hessen
Ab 2014 Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Groß-Gerau Nord

In meiner Freizeit engagiere ich mich bei den Landfrauen im Kreis Groß-Gerau und finde immer Zeit für ein gutes Buch.

Bei der Digitalisierung haben wir nach wie vor den größten Handlungsbedarf. Die ideale Schule erkennt eine heterogene Schülerschaft in all ihren Facetten und Bedürfnissen an. Sie bietet ein binnendifferenziertes, altersgemäß rhythmisiertes ganztägiges Bildungsangebot mit flexibler Oberstufe. Dafür benötigt sie neben den Lehrkräften auch die Schulsozialarbeit.

Elternbeiräte

ELTERNBEIRÄTE MÜSSEN GESTÄRKT WERDEN

Es wird immer schwieriger Eltern zu finden, die sich in Schulelternbeiräten engagieren. Gemeinsam mit der FDP-Fraktion sind wir mit einem Berichtsantrag der Frage nachgegangen, warum das so ist. Kultusminister Lorz sieht keinen Handlungsbedarf: „Dass sich weniger Elternbeiräte finden lassen, können wir weder bestätigen noch widerlegen. Wir erleben die Elternschaft in Hessen weiterhin als interessiert und engagiert.“ Wir denken, es fehlt an konkreten Maßnahmen, um mehr Eltern für dieses Ehrenamt zu gewinnen. Außerdem sind Eltern nicht ausreichend über ihre Mitwirkungsrechte informiert. Eltern-

7. Dein Motto?

Ich halte es da mit Willy Brandt:

„Nichts kommt von selbst.“

beiräte sind eine wichtige Partizipationsmöglichkeit. Das Hessische Kultusministerium muss sicherstellen, dass den Schulleitungen und Lehrkräften die aktuellen gesetzlichen Regelungen zur Elternmitbestimmung bekannt sind, was augenscheinlich nicht in jeder Schule so selbstverständlich der Fall ist. So können in einer Schulgemeinde engagierte Eltern in der Wahrnehmung Ihrer Rechte und Pflichten als Elternvertreter besser informiert und unterstützt werden.

Unser Berichtsantrag zu [Elternbeiräten](#)

Bundesprogramm „Schule macht stark“

MÜNDLICHE FRAGE AUS DEM JANUAR PLENUM

Frage des Abgeordneten Degen

Nach welchen Kriterien werden hessische Schulen zur Teilnahme am Bundesprogramm „Schule macht stark“ ausgewählt?

Antwort der Landesregierung:

Herr Abg. Degen, das Bundesprogramm „Schule macht stark“ geht insgesamt von ca. 200 teilnehmenden Schulen aus. Hessen würde mit ca. 15 Schulen daran teilnehmen. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass die Landesregierung die sozialen Herausforderungen an den hessischen Schulen schon jetzt im Blick hat. Deswegen unterstützen wir sie derzeit mit 708 Stellen im Rahmen der sozial indizierten Lehrerzuweisung und 700 Stellen für die unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte. Was „Schule macht stark“ anbetrifft, ist eine hessenweite Ausschreibung angedacht, um die Auswahl der Schulen bis zum Anfang des Schuljahres 2020/21 abzuschließen. Die Kriterien dafür werden derzeit bei uns im Haus erarbeitet.



Nachfrage des Abgeordneten Degen:

Herr Kultusminister, können Sie schon sagen, mit was diese 15 Schulen dann rechnen können? Wird es zusätzliche Mittel geben, zusätzliche Stellen? Was wird zur Unterstützung angeboten werden?

Antwort der Landesregierung:

Herr Abgeordneter, „Schule macht stark“ ist zunächst einmal ein Forschungsprojekt, um herauszufinden, wie man Schulen stark machen kann, mit dem Ziel, dass die Ergebnisse möglicherweise Vorbildcharakter haben sollen für alle anderen Schulen im Land. Insofern ist das Projekt vergleichbar mit dem Programm „Leistung macht Schule“, LemaS, das Sie kennen, das gemeinsame Programm von Bund und Ländern. Es gibt natürlich Mittel zur Teilnahme an dem Projekt und vor allem zum Aufbau des entsprechenden Netzwerks. Denn das ist es, was diesen beiden Initiativen gemeinsam ist: Wir schaffen ein Netzwerk über die Landesgrenzen hinweg, damit sich Schulen untereinander austauschen und voneinander lernen können. Der Punkt, an dem das richtig ressourcenrelevant wird, kommt freilich erst danach, wenn es darum geht, was man von dem Gelernten flächendeckend in der Praxis umsetzen will.

Weitere Parlamentarische Initiativen

GANZTAGSBETREUUNG AUSBAUEN

Der Pakt für den Nachmittag ist eines der Ganztagsangebote des Landes. Wie unsere Kleine Anfrage zeigt, nehmen von allen Schülern, die im Primarbereich an Paktschulen unterrichtet werden, nur rund 63 Prozent tatsächlich am Pakt teil. Von den 225.814 Schülerinnen und Schülern an hessischen Grundschulen und in Grundstufen von Förderschulen nehmen gerade einmal 16 Prozent am Pakt für den Nachmittag überhaupt teil, nur knapp 43 Prozent nutzen generell ein Ganztagsangebot des Landes (inklusive des Pakts). Bis zum Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, den wir 2025 für alle SuS an Grundschulen wollen, ist es noch ein weiter Weg.

Unsere Kleine Anfrage zum [Pakt für den Nachmittag](#)

PENSIONIERTE LEHRKRÄFTE VOR ALLEM AN GRUNDSCHULEN EINGESETZT

Zum 1. Oktober arbeiteten 483 tarifbeschäftigte sowie 65 verbeamtete Lehrkräfte über einem Lebensalter von 66 Jahren an hessischen Schulen. Allein 172 der tarifbeschäftigten Lehrkräfte arbeiten an Grund- und Förderschulen. Unsere Frage, wie viele dieser Lehrkräfte aufgrund von Lehrkräftemangel weiter beschäftigt werden, bleibt unbeantwortet. Diese Daten würden nicht erfasst, heißt es lapidar. Die Idee scheint ausgereizt. Denn es fällt auf, dass die Möglichkeit nach der Pensionierung weiter als Lehrkraft zu arbeiten, relativ wenig genutzt wird.

Unsere Kleine Anfrage zu [pensionierten Lehrkräften](#)

Warum ist das Interesse so gering? Schreiben Sie uns!

BEFRISTUNGEN REDUZIEREN

Die Anzahl der befristet beschäftigten Lehrkräfte an hessischen Schulen steigt weiter. Zum Schuljahr 2019/20 ist sie um 322 auf 5.765 gestiegen. Allein an reinen Grundschulen sind 190 befristete Verträge dazugekommen. Die hohe Anzahl an Befristungen hängt mit der Qualifikation der Lehrkräfte zusammen. Deshalb muss ein Qualifizierungsprogramm geschaffen werden, um den Lehrkräften eine langfristige Perspektive im Schulbetrieb zu geben.

Unsere Kleine Anfrage zu [befristet beschäftigten Lehrkräften](#)

ÜBER 60 PROZENT DES ARBEITSLEHREUNTERRICHTS FACHFREMDE UNTERRICHTET

Im Schuljahr 2018/19 wurden 65,5% der Unterrichtsstunden im Fach Arbeitslehre fachfremd unterrichtet. Das ergab unsere Kleine Anfrage „Arbeitslehre an Schulen“. Außerdem gibt es an insgesamt 71 weiterführenden Schulen überhaupt keine Lehrkraft mit fachlicher Qualifikation in Arbeitslehre. Im Gegensatz zu Fächern wie Geschichte, Physik oder Englisch übernehme bei AL einfach der Klassenlehrer das Fach. Das Klassenlehrerprinzip in Ehren, aber bei der wachsenden Bedeutung von Berufsorientierung und Technik sind die aktuellen Bedingungen inakzeptabel. Wenn nicht einmal eine einzige Lehrkraft mit einer Ausbildung in Arbeitslehre im Kollegium vorhanden ist, dann fehlt die Unterstützung auch für die fachfremd unterrichtenden Lehrkräfte.

Unsere Kleine Anfrage zur [Arbeitslehre](#)

Praxisbeiräte

KOALITION MANGELT ES AN IDEEN

Das Kultusministerium ruft immer wieder sog. Praxisbeiräte ins Leben. Was sie eigentlich machen, wer den Beiräten angehört und zu welchen Ergebnissen die ExpertInnen kommen: Darüber erfährt die Öffentlichkeit nur sehr wenig. Wir haben deshalb nachgefragt. Ergebnis: Es gibt drei Beiräte, einen für den Grundschulbereich, einen für Flüchtlingsbeschulung und einen für Digitale Schule Hessen. Sie sollen Lösungen und Weiterentwicklungen der jeweiligen Themen anstoßen. Es fällt auf, dass in den vergangenen Jahren viele Impulse der hessischen

Schulpolitik aus Praxisbeiräten kamen. So stammt zum Beispiel die Idee, die Schulen durch sozialpädagogische Fachkräfte zu unterstützen, aus dem Praxisbeirat Grundschule. Was wird davon umgesetzt und was verschwindet in den Schubladen des Kultusministeriums? Es ist fraglich, was die Koalition eigentlich arbeitet und welche eigenen Konzepte sie hat, wenn ihre wesentlichen Impulse dieser und der vergangenen Wahlperiode aus Praxisbeiräten kamen.

Unsere Kleine Anfrage zu [Praxisbeiräten](#)

Zentrale Lernstandserhebungen

SCHULEN WERDEN ALLEINE GELASSEN

In der 3. sowie in der 8. Klasse nehmen Schülerinnen und Schüler an hessischen Schulen an zentralen Lernstandserhebungen teil. Die Ergebnisse dieser Lernstandserhebungen werden allerdings nicht vom Kultusministerium erfasst und ausgewertet. Die Schulen sollen die Daten nutzen, um zum Beispiel den Unterricht zu verbessern. Mit der Aus-

wertung der Ergebnisse werden die Schulen ohne jegliche Hilfestellung alleingelassen. Es stellt sich die Frage, wie der Kultusminister in der Kultusministerkonferenz zu diesen Themen sprachfähig ist, wenn er die Daten gar nicht kennt.

Unser **Berichtsbeitrag zu [zentralen Lernstandserhebungen](#)**

Im Gespräch

...MIT DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR DAS HOCHBEGABTE KIND- REGIONALVEREIN HESSEN

Mit der Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für das hochbegabte Kind - Regionalverein Hessen – Frau Martina Hinz sprach der Arbeitskreis am 29. Januar über die Förderung von hochbegabten Schülerinnen und Schülern in Hessen. Es wurde übereinstimmend festgestellt, dass das Gütesiegel-Programm nur ein Feigenblatt ist. Aktuell nehmen 184 Schulen an dem Programm teil.

Vor allem werden an den Schulen weniger die Hochbegabte gefördert. Der Fokus liege auf den besonders leistungsfähigen Schülerinnen und Schülern. Hier gab es laut Hinz einen Paradigmenwechsel im Kultusministerium. Für die hochbegabten Kinder und ihre Eltern mangelt es an passenden Konzepten und Schulen in Hessen.

... MIT DEM HESSISCHEN PHILOLOGENVERBAND E.V.



v.l.n.r.: Andreas Lotz, Karin Hartmann, Volker Weigand, Turgut Yüksel, Christoph Degen, Anabell Fee, Reinhard Schwab

Am 30. Januar traf sich der Arbeitskreis mit dem Vorstand des Hessischen Philologenverbands, um über die Themen Medienbildung, Bildungsabschlüsse und Bildungsqualität, Heterogenität, Quereinstieg, Lehrerbildung, Lehrermangel und Besoldung zu diskutieren. Wir stimmen darin überein, dass die Umsetzung des Digitalpakts nicht ideal läuft. Aktuell müssen die Schulen eigene Konzepte vorlegen. Ein „Baukastensystem“ des Kultusministeriums, an dem sich die Schulen hinsichtlich Ausstattung, Wartung, Fortbildung und zukünftige Nutzung orientieren können, wäre aus unserer Sicht sinnvoll. Dadurch werden einheitliche und gleich gute Bedingungen überall im Land geschaffen.

Sie haben diesen Newsletter nur auf Umwegen erhalten und möchten ihn direkt beziehen?
Schicken Sie uns einfach eine kurze [E-Mail](#).

IMPRESSUM:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring, V.i.S.d.P
Johanna Welk
Martina Häusel-David
Gerfried Zluga
Abgeordnetenportraits: Angelika Aschenbach /
SPD-Fraktion